

THEMA IM LANDTAG

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit Dezember vergangenen Jahres wird in der Öffentlichkeit über die Nebeneinkünfte von Abgeordneten debattiert. Auslöser waren Gehaltszahlungen an die CDU-Politiker Arentz und Meyer, denen keine Arbeitsleistungen gegenüberstanden und die damit klar rechtswidrig waren. In der Berichterstattung der letzten Tage über meine frühere Beteiligung an zwei Gesellschaften ist der Eindruck entstanden, auch bei mir läge ein ähnlich gelagerter »Fall« vor. Das ist nachweislich falsch. Aber natürlich habe ich damals einen politischen Fehler gemacht. Ich weiß, dass die Berichte über meine früheren Nebentätigkeiten auch innerhalb der SPD für Irritationen gesorgt haben. Deshalb möchte ich euch auf diesem Weg über den Sachverhalt informieren.

In der Regel können gegen betroffene Politikerinnen oder Politiker zwei Vorwürfe erhoben werden:

1. Verstöße gegen geltendes Recht,
2. fehlende Bereitschaft, offen und öffentlich zur Aufklärung beizutragen.

Zu erstens: In meinem „Fall“ hat der Präsident des Niedersächsischen Landtages festgestellt, dass ich die geltenden Rechtsvorschriften für Abgeordnete eingehalten und sogar übererfüllt habe. Wörtlich teilt er mit, er „sehe keinerlei Notwendigkeit, in eine weitere Prüfung einzutreten“. Er hat diese klare rechtliche Position auf seiner Pressekonferenz am 14. Februar nochmals bestätigt. Ich danke dem Landtagspräsidenten, der übrigens Mitglied der CDU-Fraktion ist, ausdrücklich für diese faire und schnelle Stellungnahme zu den juristischen Fragen. Dass der Landtagspräsident mich inzwischen – offensichtlich auf massiven Druck aus seiner eigenen CDU-Fraktion – politisch kritisiert, muss ich hinnehmen.

Zu zweitens: Ich bin in den letzten Tagen dem berechtigten Interesse der Öffentlichkeit auf Information über meine frühere Gesellschaftertätigkeit weit über das Maß hinaus nachgekommen, was rechtlich von mir verlangt werden konnte.

Beide Tatsachen – rechtlich einwandfreies Verhalten und Auskunftsbereitschaft – haben mich nicht davor bewahren können, in den gleichen Zusammenhang gestellt zu werden wie diejenigen, die sich rechtswidrig verhalten haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dieser Klarstellung geht es mir nicht darum, die jetzt eingetretene Situation zu beschönigen. Durch meine frühere privatwirtschaftliche Tätigkeit habe ich nicht nur mich, sondern auch die Partei und die Fraktion in eine komplizierte und defensive Position gebracht. Daran gibt es nichts zu deuten und dafür übernehme ich auch die Verantwortung.

Ich will versuchen, euch die Hintergründe meiner damaligen – aus heutiger Sicht falschen – Entscheidung zu erläutern:

1. Nach der Wahlniederlage 2003 und nach den ersten Monaten Erfahrung als ehemaliger Ministerpräsident in der Rolle des Oppositionsführers wollte ich mir eine wirtschaftliche Existenz außerhalb der Politik aufbauen. Es ging damals nicht um eine parallele Tätigkeit neben meinem Abgeordnetenmandat, sondern um den Aufbau einer neuen beruflichen Existenz für den Fall, dass ich aus der Politik ausscheide. Sobald mir endgültig klar wurde, dass ich weiterhin als Abgeordneter der SPD politisch aktiv bleiben würde, bin ich zum 30. September 2004 aus dieser Gesellschaft ausgeschieden – das war im Übrigen deutlich vor Beginn der Debatte über Nebentätigkeiten von Politikern. Aber eines steht auch fest: ich bin damals zulange hin- und hergeschwankt.
2. Es war sicher ein Fehler, mich nach der Wahlniederlage bei der Landtagswahl Ende 2003 nicht schnell genug zwischen Politik und Selbstständigkeit entschieden zu haben. Aus heutiger Sicht ist klar: Der Vertrag zwischen meiner früheren Firma und VW hätte nicht zu Stande kommen dürfen, solange ich
3. Meine Forderung nach Transparenz bezog sich immer auf die Offenlegung der Nebeneinkünfte. Exakt das tue ich auch.
4. Eine rechtliche Verfehlung habe ich nicht begangen. Ich habe im Gegen teil über die vorgeschriebenen Verhaltensregeln hinaus bereits im Oktober 2003 für Offenheit gesorgt. Ich bin der erste Abgeordnete im Niedersächsischen Landtag, der sämtliche Einkünfte im Internet veröffentlicht hat (<http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=6822&lang=de>).



Sigmar Gabriel

noch in der niedersächsischen Landespolitik war.

Natürlich kann ich verstehen, dass jetzt viele fragen „warum hast du die Öffentlichkeit nicht früher über den Vertrag zwischen VW und deiner früheren Firma informiert?“ Ich bitte nur um Verständnis dafür, dass für die Vertragsbeziehungen in der Privatwirtschaft andere Spielregeln gelten und eine Veröffentlichung schon deshalb mehr als problematisch gewesen wäre, weil ich nicht mehr Mitinhaber des Unternehmens war.

3. Meine Forderung nach Transparenz bezog sich immer auf die Offenlegung der Nebeneinkünfte. Exakt das tue ich auch.
4. Eine rechtliche Verfehlung habe ich nicht begangen. Ich habe im Gegen teil über die vorgeschriebenen Verhaltensregeln hinaus bereits im Oktober 2003 für Offenheit gesorgt. Ich bin der erste Abgeordnete im Niedersächsischen Landtag, der sämtliche Einkünfte im Internet veröffentlicht hat (<http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=6822&lang=de>).

Ich muss allerdings erkennen: Rechtlich einwandfreies Verhalten und ein offener Umgang mit den notwendigen Informationen schützen mich nicht vor der Skandalisierung durch CDU und FDP.

Sie nutzen dieses Thema jetzt. Die wahren Absichten hat der Fraktionsvorsitzende der CDU in der letzten Landtagssitzung aufgedeckt: CDU und FDP und an der Spitze Christian Wulff wollen ihre Angriffe gegen die Verbindung zwischen SPD und IG Metall am Beispiel des Unternehmens Volkswagen fortsetzen. Ihr Ziel ist es, diese Zusammenarbeit zu schleifen. Diesem Ziel ordnen sie alles unter: auch die Interessen des Unternehmens Volkswagen. Es ist nur Mittel zum Zweck in einem skrupellosen Machtspiel. Und noch keine Regierung in Niedersachsen hat dem Un-

ternehmen Volkswagen derart rücksichtslos geschadet.

Und natürlich liefere ich mit meiner früheren geschäftlichen Verbindung zum Unternehmen Volkswagen einen willkommenen Anlass für die Angriffe von CDU und FDP. Diese Schwierigkeiten sind sicher das Letzte, was ich mir für unsere Arbeit gewünscht habe und niemandem tut diese Situation so Leid wie mir.

Liebe Genossinnen und Genossen,

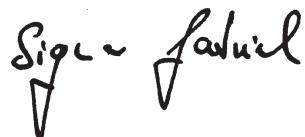
ich weiß, dass ich den Anlass dafür geliefert habe, dass Partei und Fraktion gegenwärtig in einer unerfreulichen Lage sind. Deshalb habe ich dem SPD-Landesvorstand und den Mitgliedern der SPD-Land-

tagsfraktion für ihre einmütige und großartige Unterstützung zu danken.

Ich hoffe, dass ihr vor dem Hintergrund dieser Informationen die Hintergründe der Medienberichterstattung besser einschätzen könnt. Bei Rückfragen stehe ich euch gern persönlich, telefonisch oder per E-Mail zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

euer



Sigmar Gabriel

Gebrochene Versprechen und falsche Konzepte Regierung und Grüne wollen Studiengebühren

Im Kampf gegen die Pläne der Landesregierung zur Einführung von Studiengebühren können sich die Studierenden weder auf das Wort des Ministerpräsidenten noch auf die Grünen verlassen. Nachdem Christian Wulff eines seiner zentralen Wahlversprechen gebrochen und die Einführung von Studiengebühren angekündigt hat, wollen nun auch die Grünen abkassieren.

Die SPD-Fraktion lehnt die Pläne der Landesregierung zur Einführung von Studiengebühren entschieden ab. Das machte die hochschulpolitische Sprecherin Dr. Gabriele Andretta deutlich. »Unsere Position ist klar: Das Erststudium muss gebührenfrei bleiben.« Weit und breit sei kein finanzielles Stipendiensystem in Sicht, das verhindern würde, dass Kinder aus ärmeren Familien von der Aufnahme eines Studiums abgeschreckt werden, so Andretta. »Außerdem brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Studierende – das zeigen auch alle internationalen Vergleichsstudien.«

Noch im Wahlkampf 2003 hatte die CDU den Verzicht auf Studiengebühren und die FDP sogar die Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags versprochen. So hatte es im Landtagswahl-Wahlprogramm der CDU geheißen: »Das Erststudium bleibt gebührenfrei«. Noch in seiner Regierungserklärung im März 2003 hatte Christian Wulff wörtlich versprochen: »Das Erststudium bleibt in Niedersachsen studiengebührenfrei.« Davon ist heute keine Rede mehr – die Landesregierung plant die Einführung von allgemeinen Studiengebühren. »Nachdem die Hochschulen

mit dem ‚Hochschuloptimierungskonzept‘ die brutalsten Sparmaßnahmen in der Geschichte Niedersachsens über sich ergehen lassen mussten, soll jetzt offenbar noch einmal bei den Studierenden abkassiert werden«, so Andretta. Es sei zwar ehrenwert, dass Wissenschaftsminister Stratmann die Einnahmen aus den Studiengebühren den Hochschulen zukommen lassen wolle. »Bislang aber hat sich Herr Stratmann noch nie gegen den Finanzminister durchsetzen können. Deshalb warnen die Hochschulen auch bis heute auf den versprochenen ‚Zukunftsvertrag‘, der ihnen ein Mindestmaß an Planungssicherheit gewährleisten soll«, sagte Dr. Gabriele Andretta.

Als »völlig unsinnig und in der gegenwärtigen Debatte wenig hilfreich« bezeichnete Andretta den Vorstoß der grünen Landtagsfraktion zur Einführung von Studiengebühren. Nach den Plänen der kleinen Oppositionsfaktion sollen zukünftig alle Studierenden nach dem Bachelor-Abschluss Gebühren zahlen. »Das unausgegorene Konzept der CDU durch ein ebenso wenig durchdachtes Modell mit grünem Anstrich zu ersetzen, hilft den Studierenden nicht weiter«, so Andretta.



Dr. Gabriele Andretta

»In Zeiten, in denen bei den niedersächsischen Hochschulen so massiv gekürzt wird wie nie zuvor, ist jeder Gedanke an neue Belastungen für die Studierenden absurd«, so Andretta. »Ich finde es schade, dass nun offensichtlich auch die Grünen der Landesregierung auf den Leim gehen: Solange Christian Wulff im Bundesrat hunderte von Millionen Euro verschenkt, gibt es weder einen Sachzwang zu Kürzungen bei den Hochschulen noch einen für Studiengebühren.«

Scheindebatte um Dioxin in Freilandeiern auf Kosten der landwirtschaftlichen Betriebe

Der niedersächsische Landwirtschaftsminister ist offensichtlich nur an der halben Wahrheit interessiert, wenn er Freilandhaltung für erhöhte Dioxinwerte in Hühnereiern verantwortlich macht und zum Verzehr von Käfigeiern rät.

Es ist mehr als deutlich, dass hier eine rein ideologische Interessenvertretung zugunsten der Käfighaltung praktiziert wird. Die Leidtragenden sind dabei alle landwirtschaftlichen Betriebe.

Landwirtschaftsminister Ehlen verlässt mit der Skandalisierung der Freilandhaltung die sachliche Ebene und erschwert eine konstruktive Auseinandersetzung über die Form der Legehennenhaltung. Dies war die Hauptkritik der Oppositionsprecherin Karin Stief-Kreipe in der Landtagsdebatte.

Auch die Debatte in der Aktuellen Stunde des Bundestages zeigte, dass die erhöhte

Dioxinwerte in erster Linie ein umwelt-politisches Problem sind und nicht eine Frage der Haltungform von Legehennen. Vor allem unsere Industriegesellschaft ist für die Belastung der Böden mit Dioxin verantwortlich. Obwohl bei dem Abbau der Bodenkontamination in den letzten Jahren große Verbesserungen erreicht wurden, müssen wir die Anstrengungen im Sinne des vorsorgenden Verbraucherschutzes fortsetzen.

»Betroffen sind nämlich alle Lebensmittel, die in unserer Umwelt produziert werden, Fisch ebenso wie Fleisch und Milchprodukte. Auch unsere Kinder, die mit Dreck spielen, können Dioxin aus dem Boden aufnehmen.



Karin Stief-Kreipe

Hilfspolizei: Wo Polizei draufsteht, muss auch Polizei drin sein

Der Schriftzug »Polizei« ist in Niedersachsen mittlerweile zu einem Gütesiegel geworden. Daran erkennen die Bürgerinnen und Bürger gut ausgebildete Fachkräfte, die in einem dreijährigen Fachhochschulstudium und durch anschließende Fortbildungen auf ihren Einsatz vorbereitet worden sind.

Vor diesem Hintergrund ist es eine Verschaukelung der Bürgerinnen und Bürger, wenn jetzt Freiwillige in Schnellkursen als Hilfspolizei eingesetzt werden sollen.

Wo Polizei draufsteht, muss auch in Zukunft Polizei drin sein! Wir brauchen in Niedersachsen eine gut ausgebildete Bürgerpolizei und keine Scheinsicherheit durch Bürgerwehren, die das gute Image unserer Polizei ruinieren. Wir brauchen in Niedersachsen Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement, aber keine uniformierten Folkloregruppen, die im Ernstfall nur darauf warten können, bis die richtige Polizei kommt.

Ohnehin ist fraglich, ob eine Hilfspolizei oder Bürgerstreife das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung tatsächlich stärken kann: In Zeiten zurückgehender Straftaten können Bürgerstreifen vielmehr zu einer verstärkten Unsicherheit führen: Die Hilfspolizei würde nicht Streife laufen, wenn hier nichts passieren würde ...

Ausgesprochen bemerkenswert ist die Position der FDP im Landtag: Der Fraktions-

vorsitzende der FDP hat zum Bürgerstreifen-Modell eines FDP-Innenpolitikers (!!!) eine bemerkenswerte Äußerung gemacht: Das Modell von Ausweiskontrollen von Bürgern durch Bürger habe »wenig mit dem freien Gesellschaftsmodell der FDP zu tun«. Diese Aussage ist verwunderlich, denn es waren CDU und die FDP in Niedersachsen, die die Vorschriften über die so genannte präventive Telefonüberwachung im neuen Polizeigesetz zu verantworten haben, welches bereits vor dem Bundesverfassungsgericht liegt.

In ihrem Wahlprogramm hat die FDP versprochen, die »demokratischen Freiräume« der Bürgerinnen und Bürger nicht »unverhältnismäßig« einzuschränken. In Wahrheit ist die FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag nicht einmal bereit, die Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum großen Lauschangriff zu ziehen und verfassungswidrige Einschränkungen zurückzunehmen!

Deshalb ist es einerseits nicht verwunderlich, andererseits aber ein Armutszeugnis



Heiner Bartling

insbesondere für die FDP, dass der Landesbeauftragte für den Datenschutz anlässlich seines jetzt vorgelegten Tätigkeitsberichts deutliche Worte für die Landesregierung gefunden hat: Beim Eingriff in die Freiheitsrechte spielt Niedersachsens CDU/FDP-Landesregierung im Bundesvergleich eine »unrühmliche Vorreiterrolle.

Wulff betreibt beim NDR parteipolitische Machtpolitik

Die Landesregierung brachte beim Januar-Plenum einen Gesetzesentwurf ein, der die Kündigungsfrist für den NDR-Staatsvertrag um fünf Monate bis Ende Juli verlängern soll.

Hintergrund ist die Drohung von Ministerpräsident Christian Wulff, den NDR-Vertrag zu kündigen, sollten nicht bestimmte Forderungen Niedersachsens erfüllt werden (siehe auch die onlineT1L-Ausgabe 4/2004).

Die Kündigungsdrohung und in noch stärkerem Maße ein aus der niedersächsischen Staatskanzlei durchgesickertes Medienpapier schlugen Mitte Januar hohe Wellen. In diesem Papier, welches schnell den Namen »Staatsfunk-Papier« innehatte, fordert Niedersachsen eine umfassende Reform der NDR-Gremien. Im wichtigen zwölfköpfigen Verwaltungsrat beispielsweise sollen künftig sechs 6 Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierungen sitzen. Die zentrale Errungenschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, staats- und parteifern zu berichten, würde zugunsten des parteipolitischen Machthuners von Wulff abgelöst.

Entsprechend deutlich reagierten die anderen NDR-Länder. Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin kritisierte, zwischenzeitlich habe sie »das Gefühl, da geht es um Veränderung von Machstrukturen.« Der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Harald Ringstorff, äußert sich ähnlich: »Des Pudels Kern ist aber, dass er auf den NDR mehr politischen Einfluss nehmen will. [...] Als ehemaliger DDR-Bürger weiß ich, was es bedeutet, wenn die Politik vollen Zugriff auf den Rundfunk hat.«

Aus diesem Grund bildete sich eine »Initiative für einen unabhängigen NDR: Vier Länder – ein Sender«. Neben den niedersächsischen Landtagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind insbesondere der DGB und seine Einzeltgewerkschaften hier aktiv.

Die Verlängerung der Kündigungsfrist



Amei Wiegel

beschloss der Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP. Dadurch erhält Wulff fünf weitere Monate, um mit der Kündigungsdrohung die Verantwortlichen und Mitarbeiter des NDR einzuschüchtern.

Arbeitsbedingungen der Frauenbeauftragten dürfen nicht verschlechtert werden

Die Landesregierung beabsichtigt mit ihrem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsrechtes die Stellung der hauptamtlichen Frauenbeauftragten in Niedersachsen deutlich zu verschlechtern.

So ist vorgesehen, die Pflicht zur Bestellung einer hauptamtlichen Frauenbeauftragten nur noch in den Landkreisen, den kreisfreien Städten und den sieben großen selbstständigen Städten bestehen zu lassen. Bisher mussten in allen Gemein-

den mit mehr als 20.000 Einwohnern hauptamtliche Frauenbeauftragte bestellt werden.

Darüber hinaus soll die Frauenbeauftragte in Zukunft mit einfacher Mehrheit abgewählt werden können. Bisher war dafür eine Zweidrittelmehrheit nötig. Beide Neuregelungen werden dazu führen, dass sich die Bedingungen für Frauenbeauftragte drastisch verschlechtern werden. In vielen Gemeinden, insbesondere in ländlichen Gebieten, wird es nur noch eine

neben- oder ehrenamtliche Frauenbeauftragte geben. Doch selbst dort, wo noch hauptamtliche Frauenbeauftragte vorgesehen sind, werden die Rahmenbedingungen schlechter. Durch die Abwählbarkeit mit einfacher Mehrheit ist zu befürchten, dass Frauenbeauftragte bei der Ausübung ihres Amtes weniger unbequem sein werden.

Die SPD-Landtagsfraktion lehnt die Änderung der rechtlichen Regelung über hauptamtliche Frauenbeauftragte in Niedersachsen ab.



Marie-Luise Hemme

Impressum

**SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover**

V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley, Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:

Tobias Dünow (E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)

Thilo Scholz (E-Mail: Thilo.Scholz@Lt.Niedersachsen.de)

Layout und Satz:

Andreas Schneider (E-Mail: Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de)

Justizministerin tut zu wenig für Sicherheit im Vollzug

Anlässlich der ebenso spektakulären wie dubiosen Flucht eines verurteilten Mörders, der am 24.12.2004 aus der JVA Hannover entkommen ist, hat die SPD das Thema Sicherheit im niedersächsischen Justizvollzug auf die Tagesordnung gesetzt.

Die CDU war zur Landtagswahl mit dem Versprechen angetreten, den Justizvollzug sicherer zu machen: »Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ist es, unsere Gesellschaft vor gefährlichen Straftätern zu schützen. Werden sie zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, müssen sie in unseren Haftanstalten durch einen konsequenten Strafvollzug sicher untergebracht werden. Dabei gibt es derzeit Probleme: überalterte Haftanstalten, schlechte Ausstattung – personell wie materiell, permanente Überbelegung – all das verursacht Sicherheitsrisiken. Hier ist Entschärfung gefragt.«, schrieb die CDU in ihrem Wahlprogramm.

Die bisherige Justizpolitik der CDU/FDP-Landesregierung bleibt allerdings weit hinter diesen selbst formulierten Zielen zurück. Statt der angekündigten Entschärfung wurde die Belastungssituation im Justizvollzug verschärft: Notwendige bauliche Maßnahmen in den Haftanstalten wurden verschoben, der von der SPD-Landesregierung beschlossene Bau einer neuen Haftanstalt in Rosdorf bei Göttingen wurde von der CDU/FDP-Landesregierung verzögert und die Baustelle wird nur äußerst nachlässig beaufsichtigt.

Während der Regierungsverantwortung der SPD konnte die Sicherheit in den nie-

dersächsischen Einrichtungen des geschlossenen Vollzugs kontinuierlich verbessert werden: Während 1991 noch pro 1.000 Gefangene 6,5 Ausbrüche aus dem geschlossenen Vollzug zu verzeichnen waren, konnte im Jahr 2002 lediglich ein Gefangener – und dies nur mit Hilfe eines Bediensteten, der ihn hinausgeschmuggelt hat – aus dem geschlossenen Vollzug entweichen. Unter der derzeitigen Landesregierung droht sich diese Entwicklung umzukehren: Seit Amtsantritt der CDU-Justizministerin waren bereits zehn Entweichungen aus dem geschlossenen Vollzug bzw. Entweichungen bei Transporten zu Gerichtsterminen zu verzeichnen. In Kenntnis dieser Tatsachen hatte die Ministerin gegenüber der Presse erklärt, in ihrer Amtszeit seien erst drei Gefangene aus dem geschlossenen Vollzug entwichen. In Wahrheit war der Ausbruch aus der JVA Hannover bereits der vierte Gefangene, der der Justizministerin aus dem geschlossenen Vollzug entkommen konnte – hinzu kommen sechs Entweichungen anlässlich von Gerichtsterminen.

Angesichts des Ausbruchs in Hannover muss sich die CDU-Justizministerin die Frage gefallen lassen, warum sich der Flüchtige überhaupt noch in der JVA Hannover befand: Obwohl er bereits 2003 wegen Mordes verurteilt worden war, hat-



Elke Müller

te er Ende 2004 noch immer nicht die Einweisung in die JVA Celle – er saß nur deshalb noch in der JVA Hannover, weil die Einweisungsabteilung überlastet ist. Die SPD beantragt deshalb, den gesamten Bereich des Justizvollzugs bei der Realisierung der im Justizhaushalt für das Jahr 2005 festgeschriebenen globalen Minderausgabe in Höhe von knapp 5 Millionen Euro auszunehmen und insbesondere keinen weiteren Personalabbau im Bereich des Justizvollzugs vorzunehmen, sondern dafür zu sorgen, dass der Justizvollzug in Niedersachsen nicht zu einem reinen Verwahrvollzug wird.

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte User können sich auf der Internetseite <http://www.spd-landtag-nds.de> mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Aufkünfte über die Arbeit und Planungen, Strategie und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, eMail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTiLs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

Termine

Dienstag, 22. Februar ab 12:00 Uhr
Fraktionsvorstand in Raum 122, Niedersächsischer Landtag

Dienstag, 22. Februar ab 14:00 Uhr
Fraktionssitzung in Raum 122, Niedersächsischer Landtag

Mittwoch, 23. Februar 10:30 Uhr bis Freitag, 25. Februar bis ca. 15:00 Uhr Plenarwoche Niedersächsischer Landtag

Mittwoch, 23. Februar von 17:00–19:00 Uhr
Projektgruppe »Zukunft der Bildung« des SPD-Landesverbandes Niedersachsen
(Infos unter <http://www.spd-niedersachsen.de>)

Dienstag, 01. März ab 12:00 Uhr
Fraktionsvorstand in Raum 122, Niedersächsischer Landtag

Beim Kampf gegen AIDS nicht nachlassen

Ein gemeinsamer Bericht von Welt-AIDS- (UNAIDS) und Weltgesundheitsorganisation hat gezeigt, dass AIDS weltweit zunimmt. In Deutschland ist das Problem zwar deutlich kleiner als in vielen afrikanischen oder asiatischen Staaten. Dennoch gibt es auch hierzulande wieder steigende Neuinfektionszahlen.

In Deutschland leben rund 44.000 Menschen, die mit dem HI-Virus infiziert oder bereits an AIDS erkrankt sind. Jährlich stecken sich ca. 2.000 Menschen neu an.

»Diese Zahlen verdeutlichen, dass bei der AIDS-Bekämpfung nicht nachgelassen werden darf, zumal das Bewusstsein für die AIDS-Gefahr in der Bevölkerung nachlässt«, so der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Uwe Schwarz.

Die SPD-Landtagsfraktion hat die Landesregierung aufgefordert, gemeinsam mit Expertinnen und Experten ein neues AIDS-Präventionskonzept für Niedersachsen zu entwickeln und umzusetzen. Darüber hinaus soll die Landesregierung das Spritzenaustauschprogramm in niedersächsischen Haftanstalten wieder einführen. Dies würde die AIDS-Gefahr durch den gemeinsamen Gebrauch kontaminiierter Spritzen eindämmen.



Uwe Schwarz

Materialien der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

I. Fraktionszeitung »Thema im Landtag – TIL«

Neuerscheinung vom 16.12.2004: TIL – Thema im Landtag 2/2004

Kursbestimmung. Strategie und Ziele der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag 2005-2008

TIL – Thema im Landtag 1/2004

Schule in Niedersachsen. Von gebrochenen Versprechen und falschen Konzepten

Bestellungen: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 – c/o Thilo Scholz 30159 Hannover – Tel. 0511/3030-4038, Fax -4809 – E-Mail Thilo.Scholz@lt.niedersachsen.de

II. Flugblätter

Flugblatt-Download:

1. Nichts gelernt aus PISA: Schulpolitik in Niedersachsen
2. Wulffs Ellenbogengesellschaft: Sozialpolitik in Niedersachsen
3. Städte vor dem Kollaps: Vom Umgang mit den niedersächsischen Kommunen
4. Familien und Kinder stehen im Regen: Familien-, Kinder- und Jugendpolitik
5. Integration? Fehlanzeige: Die Ausländerpolitik der Landesregierung
6. Ehrenamt ohne Zukunft
7. Wulff spart sich den ländlichen Raum
8. Wulff streicht Weihnachtsgeld statt Subventionen
9. BINGO wird zur Mogelpackung: Von der Umweltlotterie zur Haushaltssanierung
10. Alle Macht für Wulff: Verwaltungsreform
11. Beton statt Bildung: Wulff verschenkt 680 Millionen Euro (Subventionsabbau zur Bildungsfinanzierung)
12. Weniger Unterricht – größere Klassen: Unterrichtsversorgung in Niedersachsen

Die Flugblätter sind im Internet zum Download bereitgestellt unter <http://www.spd-landtag-nds.de>. Voraussetzung ist ein Zugang zum passwortgeschützten »Niedersachsen-Netzwerk« (siehe gleichnamigen Artikel) der SPD-Fraktion.

III. Plakate

1. Plakat Wolfgang Jüttner, DIN-A1, farbig, Freiraum für Veranstaltungankündigungen u.ä. ist gegeben.
2. Plakat Sigmar Gabriel, DIN-A1, farbig, Freiraum für Veranstaltungankündigungen u.ä. ist gegeben.

Kosten/Stück: 0,90 Euro zuzüglich Verpackung und Versand. Bestellungen bitte richten an: SPD-Landesverband Niedersachsen, c/o Margrit Gärtner, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover, Tel. 0511/1674-212, Fax: -211, E-Mail: Margrit.Gaertner@spd.de



Schule in Niedersachsen

Von gebrochenen Versprechen und falschen Konzepten



Wissensgrund - Informationen und Argumente

